



Überwindung der Beschäftigungskrise

LÁSZLÓ ALEX

„Wege aus der Arbeitskrise“ – Bericht über ein Colloquium der Stiftung Pro Vita Sana

Friedrich Edding/E.J. Lorang (Hrsg.), Verlag Edition Saint-Paul, Luxembourg 1999, 220 Seiten

Die Veröffentlichung gibt wertvolle Denkanstöße zur Überwindung der in vielen europäischen Ländern bestehenden Beschäftigungskrise. Sie enthält die Vorträge des Colloquiums der Stiftung PRO VITA SANA, das am 30. November 1998 in Luxemburg stattfand, sowie ergänzende Texte zu dem Leitthema. Als spiritus rector steht Prof. Dr. Edding, Berlin, hinter dem Colloquium und seiner Veröffentlichung.

Viele Beiträge setzen sich mit der neoliberalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auseinander und bewerten aus europäischer Sicht kritisch die US-amerikanische Entwicklung. Eine Übertragbarkeit der amerikanischen Erfahrungen auf Europa schließen sie wegen der unterschiedlichen Denk- und Verhaltenstradition zwischen den beiden Kontinenten aus. Zwar wird die Dominanz des Marktes und die daraus abgeleitete Logik des neoliberalen Denkens nicht bestritten, aber auf die Schattenseite einer unbegrenzten Marktentfaltung hingewiesen: Sie kollidiert mit der Gewährleistung anderer, für das europäische Demokratieverständnis unverzichtbare Rechtsgüter im Bereich Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit. Dabei begibt man sich nicht auf das Feld der Illusionen: Die frühere Vollbeschäftigung an „Vollarbeitsplätzen“ wird für kaum erreichbar gehalten. Auch nicht mit einer „marktkonformer“ Differenzierung der Löhne, die

aber für eine Verlangsamung der Beschäftigungsschrumpfung wünschenswert wäre. Das Gleiche gilt für eine Vielzahl von fiskal- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen wie z.B. Förderung der Selbstständigkeit, Einführung einer negativen Einkommenssteuer u. a. Auch die Verbreitung der Teilzeitarbeit ist ein recht wirksames Mittel; ihre Akzeptanz kann u. a. auch durch Entkoppelung der Altersversorgung vom Lebens-einkommen gefördert werden.

Mehrere Beiträge behandeln die nachteiligen psychosozialen und gesundheitlichen Folgen der Arbeitslosigkeit sowie die bedrohlichen Begleiterscheinungen der Jugend-arbeitslosigkeit wie Kriminalität und Rassismus.

Ebenfalls in mehreren Beiträgen wird die Signalwirkung des Gipfels der europäischen Staats- und Regierungschefs vom November 1997 begrüßt. Erstmals sei auf höchster Ebene anerkannt worden, dass es eine Beschäftigungskrise solchen Ausmaßes gibt, dass ein konzentriertes Eingreifen der Mitgliedstaaten notwendig sei. Die aufgrund des Luxemburger Gipfels entwickelten „nationalen Aktionspläne für Beschäftigung“ unterliegen nicht nur der multilateralen Überwachung der Unionsstaaten, sondern werden auch in jedem Mitgliedstaat gemeinsam mit den Sozialpartnern diskutiert und vorbereitet. Dies schafft für jede Regierung einen zusätzlichen Anreiz, ständige Anstrengungen für mehr Beschäftigung zu unternehmen.

Die Textbeiträge zur Ergänzung des Colloquiums geben ebenfalls wichtige Denkanstöße und aufschlussreiche Aufzeichnungen von bereits praktizierten Erfahrungen von Beschäftigungsmaßnahmen. Das letztere betrifft die Beschreibung der erfolgreichen Maßnahmen in Dänemark und in den Niederlanden. Eine Grundbedingung für das Gelingen arbeitsmarktpolitischer Bemühungen in beiden Ländern war eine wachstumsfreundliche Fiskal- und Wirtschaftspolitik bei moderaten Tarifabschlüssen (in Holland führte dies sogar zur Kürzung der Beamtengehälter). Das hervorstechendste Merkmal in beiden Ländern war und ist die große Konsensbereitschaft der Sozialpartner, die durch institutionelle Vorkehrungen gefördert wird.

Nicht neu, aber wichtig sind schließlich die Hinweise für innerbetriebliche Arbeitsorganisationsformen und das Plädoyer für forcierte Anstrengungen in der beruflichen Weiterbildung. Dabei wird auch mehr Eigeninitiative zur Ausnutzung der zunehmenden individuellen Freiräume verlangt. ■